

FRAGESTUNDE

Beginn: 13.20 Uhr
Ende: 14.25 Uhr

1) Kontrolle der Feinstaub-Emissionen auf Grazer Baustellen

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** an Bgm. Mag. Nagl:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrter Herr Bürgermeister! In einem Erlass zum Steiermärkischen Baugesetz wird vorgesehen, dass die Sicherheit von Menschen und Sachen gewährleistet werden muss und unzumutbare Belästigungen vermieden werden müssen. In diesem Erlass ist auch vorgesehen, Maßnahmen zur Verringerung der Staubproblematik bei Bauarbeiten, das heißt auf Baustellen, gemäß einem „Baustellenleitfaden“ eingehalten werden. Angesichts der extremen Feinstaubbelastung in Graz herrscht hier also auch auf den Baustellen dringender Handlungsbedarf.

Daher stelle ich an Sie folgende

Frage:

Welche Feinstaubmindernden Maßnahmen im Sinne des Steiermärkischen Baugesetzes werden auf Grazer Baustellen vorgeschrieben?

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, Frau Gemeinderätin, von der Baubehörde wird mir dazu mitgeteilt: Staubbelastungen durch Bauarbeiten stellen im Wesentlichen bei Abbrucharbeiten ein Problem dar, wobei nach den Bestimmungen des Baugesetzes unzumutbare Belästigungen vermieden werden sollen. In der Praxis hat sich die auch im Baustellenleitfaden des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung zur Verringerung von Staubemissionen auf Baustellen empfohlene Maßnahme zur Staubbindung, Wasserbesprühung durchzuführen oder Hochdrucknebelsysteme

einzusetzen, am zweckmäßigsten erwiesen. Bei Abbruchvorhaben, bei deren Umsetzung erhebliche Staubemissionen zu erwarten sind, wird im Abbruchbescheid die Vornahme dieser Maßnahmen zur Minimierung derartiger Belästigungen zwingend vorgeschrieben. Bei nachweislicher Nichteinhaltung derartiger Bescheidauflagen wird ein Verwaltungsstrafverfahren einzuleiten sein, im Übrigen wie bei allen anderen nicht eingehaltenen Auflagen auch. Eine gänzliche Vermeidung von Staubbelästigungen auf Baustellen wird naturgemäß nicht möglich sein, eine unzumutbare Belästigung wird aber im Regelfall jedenfalls unterbunden. Ich möchte dazu noch anführen, dass ich im Zuge der Übernahme der Bauämter meine Abteilungen natürlich darauf hingewiesen habe, verstärktes Augenmerk auch auf die Verringerung dieser wie auch anderer Emissionen, wie zum Beispiel Lärm, zu legen, darüber hinaus sind wir auch im Gespräch, sowohl mit dem Land Steiermark als auch natürlich mit der Frau Vizebürgermeisterin und unserem Umweltamt, darüber nachzudenken, wie wir vor allem auch die Baugerätschaften, die durch ihre Dieselmotoren und durch den extremen Verbrauch von Treibstoff, die eingesetzt werden, künftig neue Regelungen finden können, damit wir auch diese Feinstaub-Emittenten, die wir da haben, ein bisschen nähertreten können, damit wir weniger Feinstaub haben.

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Danke für die Antwort. Es gibt natürlich eine Zusatzfrage. Wird die Einhaltung der vorgeschriebenen Maßnahmen seitens der zuständigen Behörde kontrolliert und wenn ja, welche Sanktionen werden bei Nichteinhaltung gesetzt?

Bgm. Mag. **Nagl**: Also ich gehe einmal prinzipiell davon aus, dass unsere Damen und Herren selbstverständlich diese Auflagen kontrollieren und es zu Verwaltungsstrafen kommt, die Höhe dieser Verwaltungsstrafen auch im Wiederholungsfall kann ich Ihnen jetzt nicht auswendig sagen, kann ich Ihnen aber gerne nachreichen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 13.25 Uhr den Vorsitz.

2) Gemeindewohnungen für Menschen unter 27 Jahren

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. Mag. **Fabisch**: Lieber Herr Bürgermeister, liebe Frau Vizebürgermeisterin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht unser Stil, unser eigenes Mitglied im Stadtsenat hier unbedingt öffentlich zu befragen. Aber in dieser Angelegenheit, glaube ich, ist es sehr angebracht, ein probates Mittel, um auch in diesem Raum bestehende Informationslücken über das städtische Wohnen zu schließen. Meine

Frage

ist sehr kurz. Liebe Elke! Wie hoch war in Graz der Anteil an Zuweisungen von Gemeindewohnungen an junge Menschen unter 27 Jahren an der Gesamtzahl der vergebenen Wohnungen im Jahr 2009 (*Applaus KPÖ*)?

StRin. **Kahr**: Lieber Andreas, liebe Gemeinderäte und Gemeinderätinnen! Mein Kollege Andreas Fabisch hat es schon gesagt, es ist nicht unser Stil normalerweise, so eine Form zu wählen, aber ich denke, dass es doch wichtig ist für meinen Kollegen Gemeinderat Hohensinner und auch für die anderen Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, diese Information nicht hintanzuhalten. Wie Sie wahrscheinlich vor kurzem wieder lesen konnten, fordert Herr Gemeinderat Hohensinner immer wieder öffentlich und auch hier im Gemeinderat mittels eines Antrages ein sogenanntes Startwohnungsmodell, wonach Jugendliche unter 27 Jahren eine Gemeindewohnung erhalten sollen mit einer Mietzinsobergrenze bis 300 Euro, wovon 100 Euro als Rücklage gebildet werden sollen und eine dreijährige Befristung vorgenommen werden soll. Ich bedaure vor allem eines, weil wir haben mit ihm

schon des Öfteren, sowohl meine Kollegen vom Wohnungsamt als auch ich mit ihm, darüber gesprochen, dass das so, wie er sich das vorstellt, auch wenn ich durchaus die positive Intention dahinter anerkenne, einfach nicht gehen kann aus mehreren Gründen. Es hat mietrechtliche, das ist eigentlich der wichtigste, dass es einfach nicht zwei verschiedene Kategoriemodelle geben kann und vor allem auch budgetäre, das ist aber ein eigenes Kapitel, dazu kann ich später was sagen. Aber drei Punkte sind ganz wichtig. Erstens einmal, sie fordern, dass fünf bis zehn Prozent eben unter 27-jährige Alleinstehende eine Gemeindewohnung erhalten sollen, befristet; dazu muss man sagen, dass das städtische Wohnungsamt in den letzten Jahren diese Quote weit übererfüllt. 2008 haben wir 21 % an Wohnungszuweisungen gehabt und 2009 23 %. Ein weiterer Punkt ist diese 300-Euro-Mietzinsobergrenze. Dazu muss man sagen, dass dank der Gemeinderäte und Gemeinderätinnen hier im Haus eine Initiative der KPÖ, die hier einstimmig beschlossen worden ist, dass es bei städtischen Wohnungen eine Kategorie-Mietzinsobergrenze bei Kategorie-A-Wohnungen gibt, die 3,70 pro Quadratmeter nicht übersteigen, das heißt, dass bei einer 50-m²-Wohnung der Nettomietzins 185 Euro nicht übersteigt, das heißt, es ist weit deutlich drunter als diese 300 Euro. Aber ungeachtet dessen, dass wir die Wohnungszuweisungen für unter 27-Jährige deutlich überfüllen, dass die Mieten weit unter den 300 Euro sind, ist vor allem ein Punkt, der allen Erfahrungen unserer Kolleginnen und Kollegen am städtischen Wohnungsamt und auch in meinem Büro widerspricht, das ist diese Befristung. Es liegt klar auf der Hand, und das wissen wir, dass gerade nicht begüterte Menschen nicht nur eine günstige Wohnung sich wünschen, sondern vor allem keine Befristung, sie wünschen sich eine unbefristete Wohnung, weil gerade einkommensschwache Familien oder auch Personen, egal ob das junge Menschen sind oder ältere Menschen sind, gerade im Wissen, dass sie in ein paar Jahren wieder ausziehen müssen, ein enormer Druck entsteht. Sie müssen dann wieder die Wohneinstiegskosten zahlen, sie müssen die Mietvertragsvergebührung zahlen, sie haben wieder die Siedlungskosten zu tragen und es widerspricht allen Erfahrungen, die wir am Wohnungsamt mit jungen Menschen gemacht haben.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Gegenvorschlag.

StRin. **Kahr:** Dann möchte ich abschließend, es gäbe noch viel zu sagen, abschließend noch eine Anmerkung, dass es wichtig ist, gegenüber Vorschläge, gegenüber neue Ideen sind wir immer offen, aber es müssen Vorschläge sein, die zu einer Verbesserung für die Betroffene führen und zu keiner Verschlechterung und vor allem auch mietrechtlich machbar sind. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl:** Nächste Frage stellt Herr Gemeinderat Sippel an den Herrn Stadtrat Eisel-Eiselsberg stellvertretend, weil die Frage ursprünglich an den Herrn Stadtrat Rüscher ergehen würde, dieser vertritt die Stadt Graz aber gerade in Designfragen in Seoul.

3) Auszahlung der pauschalisierten Ausgleichszahlung an die GGZ für das Jahr 2009

GR. **Sippel** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Sippel:** Sehr geehrter Herr Stadtrat! Im Rahmen der sogenannten Selbstträgerschaft hatten eben die Gemeinden, wie auch die Stadt Graz sowie die gemeinnützigen Krankenanstalten keinen Dienstgeberbeitrag zum Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen zu entrichten.

Im Zuge der Novelle Familienlastenausgleichsgesetz ist das abgeschafft worden. Die Abschaffung der Selbstträgerschaft hat natürlich auch Mehrausgaben dann zur Folge gehabt, was dazu geführt hat, dass gleichzeitig die Ertragsanteile als Ausgleich eben erhöht wurden. Den steirischen Gemeinden sind Pauschalbeträge in der Höhe von 5,3 Millionen für das Jahr 2009 auch zugegangen.

In diesen Beträgen befinden sich auch für die Stadt Graz für das Jahr 2008 240.000 Euro und für das Jahr 2009 419.000 Euro, die sind der Stadt Graz zugesprochen worden.

Im Gegensatz zur KAGES, die diese Ausgleichszahlungen direkt ausbezahlt bekommen hat, ist es jetzt bei den Geriatrischen Gesundheitszentren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) als gemeinnützige Krankenanstalt der Stadt Graz so, dass sie nicht direkt an die Haushaltsstelle der GGZ ausgezahlt worden ist, sondern an die Stadt Graz gegangen ist und das lässt befürchten, dass es hier dazu kommt, dass diese Mittel nicht zweckmäßig verwendet werden. Es ist auch zu befürchten, dass darüber hinaus eine wirtschaftliche Schlechterstellung der Geriatrischen Gesundheitszentren erfolgen könnte und was in letzter Konsequenz auch dazu führen würde, dass die Patienten einer Mehrbelastung ausgesetzt werden.

Ich stelle deswegen an Sie, Herr Stadtrat, die

A n f r a g e :

Sind sie bereit, die pauschalierte Ausgleichszahlung für das Jahr 2009 sowie für die Folgejahre in der Höhe von 419.000.- Euro den GGZ buchungstechnisch richtig zuzuordnen beziehungsweise wenn dies nicht der Fall sein sollte, aus welchem Grund erfolgte dann die Zahlung aus dem gleichen Titel im Jahr 2008 ohne Widerspruch (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Es ist heute nicht der Zeitpunkt, über Budgets zu verhandeln. Ein Budgetbeschluss für 2010 haben wir im März des vergangenen Jahres gefällt. Faktum ist, dass im Rahmen der Verhandlungen für den Vorschlag 2010 die Finanzdirektion beziehungsweise mein Kollege Rüscher sich mit den GGZ auf einen Gesamtzuschuss von 3,2 Millionen Euro geeinigt hat und nachdem das Geld, jetzt ein bisschen salopp gesagt, kein Mascherl hat, können Sie jetzt davon ausgehen, dass das Geld, diese 419.000,- hier inkludiert sind oder auch nicht. Faktum ist, im Budget des heurigen Jahres ist dieser genannte Betrag von 3,2 Millionen für die GGZ vorgesehen, die genannten 419.000 sind im Budget nicht vorgesehen und finden hier keine Bedeckung, darum wird es auch keine Anweisung, wie Sie sie angeregt haben, geben.

GR. **Sippel**: Das führt zwangsläufig zu der Zusatzfrage, was Sie dazu sagen, ich meine in Vertretung jetzt natürlich, dass der Eindruck natürlich entstehen könnte, Sie wollen auf Kosten der Patienten das Budget der Stadt Graz sanieren.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also auch die von Ihnen im Motivenbericht formulierten Anregungen oder Überlegungen, dass deswegen allenfalls eine Tagsatzerhöhung im Raum steht oder was auch immer, dem kann ich entschieden entgegenreten, das wird nicht der Fall sein. Das, was die GGZ budgetiert haben, ist ihnen zur Verfügung gestellt worden und abgesehen davon ist auch in einer der letzten Sitzungen der Stadtregierung sehr eindrucksvoll belegt worden, dass die GGZ eine Vorwärtsstrategie haben und dass auch die Ausbauszenarien von diesen 419.000 Euro keinesfalls abhängen, sondern dass die eigentlich auf Stadtregierungsebene einmal sehr positiv beurteilt wurden.

4) Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Kreuzung Herrgottwiesgasse – Fasangartengasse (südöstliche Seite)

GR. Mag. **Mariacher** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spieglein, Spieglein an der Wand wurde genannt. Verkehrsspiegel sind eine wesentliche Maßnahme in Kreuzungsbereichen, die auch Gefahrenpunkte sind, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Genauso einen Punkt haben wir seinerzeit bereits im Februar 2009 nicht nur gefunden, sondern auch thematisiert im Gemeinderat und zwar betreffend des Kreuzungsbereichs Herrgottwiesgasse – Fasangartengasse und haben damals einen Verkehrsspiegel gefordert. Wir haben dann ein Antwortschreiben bekommen des Herrn Bürgermeister vom 15. Juni, in dem auch bereits Bezug genommen worden ist, dass die Amtsinspektion sehr positiv sich dazu geäußert hat, weil es hier wirklich zu

Unfällen mit öffentlichen Verkehrsmitteln und privaten Pkws gekommen ist und daher nochmals unsere

F r a g e

nach Errichtung des Verkehrsspiegels, aber, ich glaube, die Frau Vizebürgermeisterin kann eine positive Antwort heute geben.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Alle Ihre Ausführungen entsprechen den Tatsachen. Allerdings, wo viele Menschen viel arbeiten, können auch Fehler passieren. Der Spiegel wurde beauftragt, wurde auch aufgestellt, allerdings nicht am dafür vorgesehenen Ort, ist inzwischen behoben, Sie haben es offensichtlich schon gesehen, er ist jetzt am richtigen Ort angebracht. Offensichtlich hat er anderer anderen Stelle auch nicht besonders viel Aufsehen erregt, aber wie gesagt, es ist inzwischen erledigt und danke noch einmal für die Nachfrage.

GR. Mag. **Mariacher**: Man sieht, wie wichtig die Kontrollfunktion des BZÖ in Graz ist. Wenn in der Nacht des Vortages der Gemeinderatssitzung der entsprechende Spiegel montiert wurde, ich sage aber dennoch danke und hoffe, dass jetzt weniger oder gar nichts passiert mehr. Danke (*Applaus BZÖ*).

5) Fahrradabstellplatz Luegg-Haus

GR. **Pogner** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Pogner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Langsam neigt sich der Winter dem Ende zu und mit dem Beginn der wärmeren Jahreszeit startet für die

InnenstadtbewohnerInnen und BesucherInnen wieder der, bis jetzt ja noch nicht olympische, Bewerb des „Fahrradhindernisparcours“. Fahrräder werden wieder an allen möglichen und vor allen unmöglichen Stellen in der Stadt abgestellt und die illegalen Fahrradabstellplätze werden, so wie jedes Jahr, zum nervenden Zankapfel zwischen rücksichtslosen Radfahrern und Altstadtgenießern.

Fahrradabstellplätze, die nicht gekennzeichnet sind und die in der Inneren Stadt einfach so zu entstehen scheinen, haben sich schon in der Vergangenheit zu Problemzonen entwickelt. Als Beispiel und besonders augenfällig ist die Situation am Luegg-Haus (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Dieses schöne Haus stammt aus dem 13. Jahrhundert und hat eine große touristische Relevanz. Vor diesem Blickfang steht nicht nur eine große Anzahl an Fahrrädern am Eck des Hauses, sondern sie stehen weit in die Sporgasse hinein und auch in den dort befindlichen Arkaden.

Ich habe diese Situation bereits im 14. Mai 2009 als Antrag dargestellt und das Entfernen der illegal abgestellten Fahrräder beantragt.

Aus dem Bezirksrat wurde mir berichtet, dass Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, eine Lösung dieser unbefriedigenden Situation zugesagt hätten.

Namens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, die

F r a g e :

„Bis wann dürfen die geplagten BewohnerInnen und TouristInnen damit rechnen, dass eine gangbare Lösung dieses Fahrradproblems in Angriff genommen wird?“

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Zur Anmerkung, dass illegal abgestellte Fahrräder dort stehen würden, möchte ich korrigierend sagen, an jedem Ort im öffentlichen Raum darf man ein Fahrrad aufstellen, dazu gibt es keine Verbote. Es ist aber natürlich eine sehr, und wir wissen es alle, wir gehen ja alle dort regelmäßig vorbei, ist es natürlich eine

unbefriedigende Situation bis jetzt, wir haben uns, wie Sie auch angemerkt haben, mit den BezirksvertreterInnen gemeinsam das im Herbst noch einmal genau angeschaut, wir haben viel darüber diskutiert, wir haben jetzt eine Lösung entwickelt, die wir im März aufstellen werden, wir werden auch mit dem Hinweis, mit entsprechenden freundlichen Hinweisschildern arbeiten und einen Fahrradständer so montieren, dass er auf keinen Fall durch die Arkaden bedient werden kann, also wirklich nur von vorne. Wir haben uns dann auch ausgemacht, dass wir das einmal ein Jahr lang beobachten und hoffen, dass wir dann damit eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung finden. Allerdings, allen Wünschen, die in die Richtung gehen, im öffentlichen Raum ein- für allemal Ordnung zu schaffen zum Thema Fahrradabstellen, würde bedeuten, keine Fahrräder im öffentlichen Raum, aber das können wir natürlich in diese Richtung nicht befürworten, wir sind froh um jede einzelne Radfahrerin, jeden einzelnen Radfahrer, aber natürlich muss man dazu Rahmenbedingungen schaffen, dass es möglichst ordentlich geschieht und an der Stelle werden wir eine Lösung umsetzen und ich hoffe, es wird auch eine sein, die weitestgehend dem Rechnung trägt, was dort gewünscht wird, nämlich dass man durchgehen kann, dass die Arkaden wieder sichtbar werden und dass vor allem dieses Durchschlängeln in den Arkaden nicht unbedingt zu einem Parcours wird, wie er im Sommer oft zu erleben ist. Wie gesagt, im März werden wir die umsetzen und das ist mit allen BezirksvertreterInnen so abgestimmt worden.

GR. **Pogner:** Eine kleine Zusatzfrage habe ich natürlich noch. Wenn Sie sagen, es gibt keine illegalen Fahrradabstellplätze, das ist mir schon klar, dass man das Fahrrad überall hinstellen kann, wo man glaubt. Es ist nur nicht sehr angenehm für die Bewohnerinnen und Bewohner und auch für die Touristinnen und Touristen nicht. Ich kann mein Auto auch nicht überall hinstellen, also da gibt es auch Regeln und da gibt es auch Vorschriften und da wünsche ich mir doch sehr, dass sich die Fahrradfahrer auch an solche Regeln und Vorschriften halten. Als Beispiel möchte ich hier nur anführen, dass ich in Barcelona gesehen habe, wie das funktioniert, da sind die Fahrräder sehr wohl auf gekennzeichneten Flächen abgestellt und auf diesen Flächen darf dann nicht drüber hinaus gestanden werden, da wird dann sehr restriktiv vorgegangen. Ist in Graz auch ein so ein ähnliches System angedacht, dass

man sagt, man kennzeichnet (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) die Fahrradabstellplätze etwas besser und macht das auch ausreichend und dafür kann man dafür nicht sein Fahrrad mehr hinstellen, wo man glaubt.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Die Kennzeichnung von Fahrradabstellplätzen, da haben wir einige Modelle laufen in der Stadt, wo wir wirklich genau diese Einrahmung, also diese Idee ist ja schon eine Idee, die öfter herangetragen wurde, das passiert gerade. Wir evaluieren es laufend, wir schauen, ob es wirklich funktioniert. Fahrradabstellplätze machen wir massiv, wir haben jetzt ungefähr 547, es hat gerade in den letzten zwei Jahren einen sehr starken Anstieg gegeben, da wird es auch noch viele Plätze geben, wo wir welche aufstellen. Wie gesagt, es wird aber auch eine Grenze geben dessen, wie man es reguliert. Ich muss schon auch im Sinne der Radfahrerinnen und Radfahrer sagen, die Mehrheit der Grazer RadlerInnen hat ein sehr ordentliches Verhalten, mit dem Rad zu fahren, dort wo sie fahren sollen, sie stellen auch die Räder dort ab, dass sie nicht im Weg stehen, dass es immer ein paar wenige gibt im Verkehr oder im öffentlichen Raum, die sich nicht an Regeln halten, das werden wir mit bester Politik, Regulierungswut usw. nicht in den Griff bekommen. Wir sind froh über jede einzelne RadfahrerIn, weil sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass wir in Graz gut atmen können und von dem her ist es klar, dass wir regulieren versuchen, wo es geht, aber nicht alles regulieren können (*Applaus Grüne*).

6) Reinigungsmittel an Schulen

GR. **Herper** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Herper**: Werte Frau Stadträtin, werte Sonja! Unter den Eltern macht sich derzeit Sorge breit, dass die privaten Reinigungsfirmen an den Schulen aggressive scharfe

Putzmittel verwenden, was nicht nur für Allergiker Probleme nach sich ziehen könnte, sondern insgesamt mehr als bedenklich wäre. Wenn man nur in Betracht zieht, dass man einen Kaugummi, ein Zuckerl oder ein Stück vom Jausenbrot runter fällt, was dann oder wie werden Tische gereinigt, auf denen die Brote liegen, auf denen die Stifte herumkullern, die dann später in den Mund genommen werden. Erinnerung sei, die städtische Reinigung hat ausschließlich auf Ökoprodukte zurückgegriffen, das hat schon unter Stadtrat Messner begonnen, war dann in der Zuständigkeit von Stadtrat Riedler als Liegenschaftsreferenten selbstverständlich fortgesetzt und intensiviert worden. Das heißt, die Anschaffung solcher ökologisch in Ordnung befindlicher Produkte ist zwar teurer, aber im Fall des höheren Reinigungsaufwandes verbunden, aber die Mehrkosten sind auch zu vertreten aus ökologischer Sicht. Wenn jetzt angeblich die Reinigung um 30 % billiger ist, hat das sicherlich Gründe, wenn auch nicht immer gute oder beste Gründe. Dass die Qualität nicht mehr dieselbe ist, ist uns schon gemeldet worden, hat auch die Kollegin Sigi Binder das letzte Mal im Ausschuss vor zwei Tagen angemeldet und wenn man noch dazu in Betracht zieht, dass gesundheitlich nicht unbedenkliche Mittel Verwendung finden, so sind die Befürchtungen der Eltern durchaus verständlich. Deswegen, Frau Stadträtin, inwieweit wird seitens des Stadtschulamtes sichergestellt, dass in den von Privatfirmen gereinigten Schulen ausschließlich ökologisch unbedenkliche Reinigungsmittel Verwendung finden? Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. Mag.^a **Grabner**: Lieber Herr Klubobmann, lieber Karl-Heinz! Ich sage danke für deine Frage, denn die Sorge ist berechtigt und noch viel mehr freut es mich, dass sich ein Mann nun auch mit dem Thema Putzen beschäftigt (*Applaus ÖVP und Teile Grüne*), das ist wirklich toll. Nun zur Frage, es ist egal ob privat oder so, ich finde das einfach ganz, ganz toll, ich danke dir vielmals, du bist ein Paradebeispiel. Natürlich ist die bestmögliche Qualität gegeben und um das Ganze zu verkürzen, würde ich gerne vorlesen, was auf dem Etikett oben steht, auch Sanitärreiniger mit Frischeduft, Umweltzeichen der Europäischen Union, vergeben für Waren- und Dienstleistungen für die Anforderung des Umweltzeichens der EU entsprechend Registriernummer etc, etc, aber um das Ganze abzuschließen, hätte ich (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) eine Probe für dich mitgenommen. Es ist drinnen

original abgefüllt, es ist natürlich umweltfreundlich, um das Ganze auch wirklich abzuschließen, auch die Ausschreibungsunterlagen sind schon dementsprechend vorbereitet, denn es ist nicht möglich überhaupt zu reinigen in unseren Schulen, in unseren Gebäuden, wenn diese Mittel nicht den umwelt- und ökologischen Mitteln entsprechen (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper**: Also, liebe Stadträtin, ich werde das persönlich natürlich nutzen, um das auszuprobieren, ich werde es auch testen lassen. Trotzdem scheint es mir wichtig zu sein, permanente Kontrolle ist wichtig, Vertrauen ist schon gut, aber permanente Kontrolle ist wichtig. Mir geht es darum, wie wird da in der Praxis dafür Sorge getragen, dass wirklich das, was draufsteht, auch drinnen steckt und was drinnen enthalten ist, auch Verwendung findet, um das geht es mir. Wirst du eine entsprechende Kontrolle auch in Zukunft durchführen lassen in Permanenz, vor allem bei privaten Reinigungsfirmen?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Selbstverständlich, wie auch schon im Bildungsausschuss angesprochen, ist es ganz, ganz wichtig, dass wir das immer wieder kontrollieren und du hast mein Wort, ich werde es auch persönlich kontrollieren (*Applaus ÖVP*).

7) Übersicht Bestandsverträge

GR. Dr. **Wohlfahrt** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) Es geht hier um eine kleine Altlast im wahrsten Sinne des Wortes. Aus unterschiedlichen Gründen wurden Liegenschaften von der Stadt Graz an Parteien und parteinahe Organisationen vermietet, sehr günstig vermietet. Aus

aktuellem Anlass und auch im Sinne einer transparenten Politik hätten wir gerne genauere Informationen über diese Mietverträge oder diese Bestandsverträge. Jetzt hat die Magistratsdirektion, teils nachvollziehbar, gemeint, Details dürfen in der öffentlichen Gemeinderatssitzung nicht genannt werden, wir hatten schon Details in der Gemeinderatssitzung, aber selbstverständlich ist diesen datenschutzrechtlichen Bedenken zu folgen und wir haben jetzt die Anfrage etwas pauschalierter zusammengefasst, um hier nicht einzelne Details abzufragen. Aber uns interessiert das Ganze natürlich jetzt für die Parteien, und wir werden dann noch heute in der Sitzung einen Antrag stellen, die genauen Details zu kriegen, aber halt nicht in der öffentlichen Sitzung, sondern für die Gemeinderäte natürlich auch die genauen Details. Weil ich glaube, da muss man schon einmal hinschauen, was hier mit diesen Grundstücken passiert, wie die vermietet werden. Aber hier für die Fragestunde, die

Frage:

Welche Flächen werden derzeit von der Stadt Graz an welche Parteien zu welchem Entgelt vermietet?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Nach den mir vorgelegten Informationen sind es aktuell drei Teilflächen im Gesamtausmaß von 6.431 m², die alle drei an die SPÖ Graz-Stadt in Bestand gegeben wurden beziehungsweise wo die SPÖ Stadt Baurechtsnehmer ist. Das ist ein Grundstück in der Ragnitzstraße, eines in der St.-Peter-Hauptstraße, eines am Rehgrund, und insgesamt wird für diese drei Flächen ein jährlicher Bestandszins beziehungsweise Bauzins von 4,78 Euro eingehoben.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Nachdem diese Mieten sehr günstig sind, und hier geht es ja offensichtlich nur um die Mieten an Parteien im engeren Sinn, so wie es auch in der Frage steht, parteinahe Organisationen fehlen ja noch, die werden wir dann noch im Antrag natürlich mitabfragen. Aber wird auch die Nutzung von der Stadt erhoben,

spricht, ist das ein Nutzungszweck für die Allgemeinheit im Sinne von Kindergarten zum Beispiel oder werden diese Flächen auch anders genutzt, dass Parteien hier zu einer Förderung im weitesten Sinn kommen, spricht, dass die nicht unter Umständen nicht ganz ordnungsgemäß verwendet werden? Wie schauen hier die Recherchen der Stadt aus?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Im Detail kann ich keine Antwort geben, aber nach den Informationen, die ich habe, hat der Herr Kollege Rüschi als Liegenschaftsreferent Kontakt aufgenommen und zu den einzelnen Punkten auch eine schriftliche Stellungnahme eingefordert. Auf Basis dieser Stellungnahme gehe ich davon aus, dass der Finanz- und Liegenschaftsreferent da weitere Schritte setzt (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte jetzt alle Schülerinnen und Schüler vom BORG Monsbergergasse, die im Bereich der politischen Bildung uns heute aufsuchen mit der Frau Prof. Schimpl, ganz, ganz herzlich im Grazer Gemeinderatssaal begrüßen. Seid herzlich willkommen (*allgemeiner Applaus*).

8) Grazer Kulturfestivals 2010

GR. **Sikora** stellt an StRin. Mag.^a (FH) **Grabner** folgende Frage:

GR. **Sikora**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Ich komme gleich zur Frage, für alle kunst- und kulturinteressierten Grazer und Grazerinnen sicher eine sehr interessante

Frage:

Und zwar: Können Sie die Streichungen von Subventionen für die Festivals La Strada, Serenata, Psalm, Jazz- und Springfestival, die Konzertreihe Murszene sowie weitere kleinere Grazer Festivals der Grazer Kleinkunsth Bühnen durch die von Ihnen angekündigten Umschichtungen bei Graz-Tourismus ausgleichen (*Applaus KPÖ*)?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Herr Gemeinderat Sikora! Danke für Ihre Frage. Bevor ich auf die Frage antworte, möchte ich diese Frage gerne richtigstellen, denn es betrifft nicht die Sondergesellschaftszuschüsse, beispielsweise Psalm, was Sie aufgezählt haben und noch weitere kleine, es sind fünf Kulturfestivals, welche noch gefördert wurden und von denen gehe ich nun aus. Meine Sorge ist eher diese gewesen, ich kann mich nicht erinnern, dass Sie mitgegangen sind und nun Ihre Sorge groß ist bei etwaigen Förderungen des Wirtschaftsbudgets. Wenn Sie das getan hätten, hätten sich vielleicht noch Mittel aufgetan, die Maßnahmen in meinem Ressort waren nicht anders möglich, wir sind auf einem Budget- und Konsolidierungskurs und deshalb stehe ich auch zu diesen Maßnahmen. Selbstverständlich haben wir Mittel aufgetrieben seitens des Tourismusverbandes, aber auch seitens Graz-Tourismus, um zu sichern, dass diese Veranstaltung, die wir im Jahr 2009 gefördert haben, auch abgehalten werden können.

GR. **Sikora**: Selbstverständlich machen mir mehr die kleinen Kultur- und Kunstfestivals Sorge als wie die großen, da habe Sie schon Recht, dass wir da nicht mitgegangen sind. Aber wie stellen Sie sich von Seiten Ihres Ressorts trotzdem die Zukunft der kleineren Kulturfestivals in der Grazer Szene vor?

StRin. Mag.^a **Grabner**: Die Zukunft der Kleinen ist gesichert, wir helfen sozusagen der Kultur immer sehr gerne aus, obwohl wir nicht hauptverantwortlich sind für Kulturfestivals. Sie werden aus touristischer und wirtschaftlicher Sicht auch

betrachtet und es bestehen nun in keinster Weise irgendwelche Bedenken und auch Sorge, dass diese nicht stattfinden werden.

9) Ladezonen in der Sackstraße

GR. **Hötzl** stellt an Bgm.-Stvin. **Rücker** folgende Frage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin Rücker! In den letzten Wochen wurden die Wirtschaftstreibenden der Grazer Innenstadt über den Umstand informiert, dass in der Sackstraße auf Höhe des Hotels Erzherzog Johann zwei Stellplätze, die bisher Ladezwecken gedient haben, Fahrradabstellplätzen wieder einmal weichen müssen.

Als Alternativen sollen daher in Zukunft zwei Stellplätze am Kaiser-Franz-Josef-Kai auf Höhe des Palais Attems zur Verfügung stehen.

Im Zuge darauf folgender Gespräche mit den betroffenen Wirtschaftstreibenden wurde auch angeregt, nämlich von den Wirtschaftstreibenden angeregt, an dieser Örtlichkeit zumindest vier Stellplätze für Ladezonen zu schaffen. Sie haben sich diesem Vorschlag bisher nicht zugänglich gezeigt, obwohl die aktuelle wirtschaftliche Frequenz eine derartige Maßnahme durchaus rechtfertigen würde. Die innerstädtischen Gewerbebetriebe mussten in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Verschlechterungen in verkehrstechnischer Hinsicht, ich nenne nur das Beispiel Herrengasse Ladetätigkeit, akzeptieren, weshalb zumindest andernorts auf ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse seitens der Stadt Graz eingegangen werden sollte. Diese Umgebung ließe jedenfalls hinsichtlich ihres Platzangebotes die Widmung von vier Stellplätzen als Ladezonen zu.

Ich richte daher an Sie, sehr geehrte Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer politischen Zuständigkeit am Kaiser-Franz-Josef-Kai die Widmung von vier Stellplätzen als Ladezone prüfen und gegebenenfalls durchführen zu lassen (*Applaus FPÖ*)?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich möchte zu dieser Frage, die an mich mündlich einmal herangetragen wurde, folgende Antwort geben: Eine Widmung von Ladezonen ist gar nicht möglich. Da muss ein Verfahren ausgeschrieben werden nach der Straßenverkehrsordnung, dazu bedarf es eines schriftlichen Antrages eines oder mehrere Wirtschaftstreibender und einer straßenpolizeilichen Verhandlung, im Rahmen derer dann die Notwendigkeit und Machbarkeit des Anliegens geprüft wird. Auch wenn ich weiß, dass ein Unternehmer in der Sackstraße sich das wünscht, hat bis jetzt noch keine schriftliche Antragstellung stattgefunden, es liegt keiner vor im Straßenamt. Generell ist zu dieser Örtlichkeit zu sagen, am Kaiser-Franz-Josef-Kai ist eine Ladezone vor dem Tierarzt verordnet, ebenso ein Parkverbot, in dem Laden erlaubt ist, und auch die restlichen Stellplätze sind Kurzparkzonen, wo eben Laden auch jederzeit möglich ist. Also ich habe bis jetzt noch die Notwendigkeit nicht gesehen, aber wenn ein Antrag gestellt wird, wird natürlich straßenpolizeilich dazu verhandelt. Wie gesagt, es liegt noch keiner vor.

GR. **Hötzl**: Ich meine von der technischen oder rechtlichen Seite ist das eine Geschichte, danke für die Hinweise, wie das sozusagen vor sich gehen sollte. Es geht nur, weil Sie sagen Kurzparkzone, in der Kurzparkzone muss man halt auch einen Parkplatz finden einmal, eine Ladetätigkeitszone hat ja einen Sinn, dass er im Normalfall frei sein sollte für Ladetätigkeiten. Da geht es wirklich nur darum, wie Ihre persönliche, grundsätzliche Einstellung ist, ob zwei oder vier, ob vier generell, rein Ihr persönlicher Zugang dazu?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wie gesagt, es wird dann vor Ort auch verhandelt und überprüft. Generell eben die Kurzparkzone heißt ja deswegen Kurzparkzone, weil dort ein hoher Durchlauf an Parkenden stattfindet. Was dann die Person tut, wenn sie dort parkt, bleibt ja der Person überlassen, und die Ladezone innerhalb der Ladetätigkeitszeiten in der Innenstadt ist ja sowieso geregelt. Also meines Erachtens müssten die Herrschaften damit auskommen, aber wie gesagt, die Verhandlung kann stattfinden, wenn ein Antrag gestellt wird, und dann kann man das noch einmal vor Ort überprüfen (*Applaus Grüne*).

10) Euroschlüssel-Steuerung – Schloßberglift

GR. **Schröck** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GR. **Schröck**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, verehrte Mitglieder der Stadtregierung, hoher Gemeinderat, verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne! Meine Anfrage dreht sich um die Euroschlüssel-Steuerung im Schloßberglift. Ich habe am 3.7.2008 einen Antrag betreffend der behindertengerechten Adaptierung des Schloßberglifts gestellt. In der schriftlichen Beantwortung des Bürgermeisters vom 9. 2. 2009 wurde dann mitgeteilt, dass dieser Vorschlag bei der zuständigen Liegenschaftsverwaltung und den betreffenden Ressortbereichen ungeteilten Konsens fand und auch die Adaptierung mit nur mäßigem Aufwand umzusetzen sei. Soweit so gut, nur geschah daraufhin leider nichts mehr, also habe ich dann am 19.3.2009 den zuständigen Referenten Stadtrat Rüschi erneut gefragt, wie weit es denn mit dem Einbau der sogenannten Euroschlüssel-Steuerung im Schloßberglift gediehen sei, er antwortete dann, dass der Antrag unterschriftsreif auf dem Tisch liege und die Inbetriebnahme im Mai des vergangenen Jahres bereits erfolgen hätte sollen. Jetzt ist zu meinem und zum Bedauern vieler betroffener Personen bis zum heutigen Tag noch immer keine Euroschlüssel-Steuerung in den Lift gebaut worden, darum jetzt meine

F r a g e

stellvertretend an den Stadtrat Eiselsberg: Warum kam es beim Einbau der Euroschlüssel-Steuerung im Schloßberglift erneut zu dieser bedauerlichen Verzögerung von beinahe einem Jahr und wie weit sind die Adaptierungen zum Einbau des Euroschlüssels gediehen? Ich muss dazusagen, ich habe jetzt bereits zusätzliche Informationen erhalten, die mich aber nur weiter in die Irre geführt haben, ich hoffe, Sie können hiezu Stellung nehmen.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Offensichtlich gibt es gegenüber den bisherigen Meldungen doch eine ein wenig andere Einschätzung. Faktum ist, dass im Rahmen der ordentlichen Öffnungs- und Betriebszeiten von 8.00 bis 23.00 Uhr die Liftkasse besetzt ist und daher während dieser Zeit die Möglichkeit einer Nutzung durch Rollstuhlfahrer gegeben ist. Sollte eine Veranstaltung außerhalb dieser Betriebszeiten stattfinden, ist der Veranstalter angehalten, im Falle einer beabsichtigten Benützung durch einen Rollstuhlfahrer den ÖWD zu rufen, der dann den Rollstuhlfahrer zu betreuen und eine gefahrlose Benützung des Liftes sicherzustellen hat. Somit ist mit diesem System die Möglichkeit der Benützung des Doms im Berg auch für rollstuhlfahrende Personen gegeben, ohne dass es zusätzlich einer Freischaltung mittels Euroschlüssels bedarf. Es wird also festgehalten, dass für alle rollstuhlfahrenden Personen alle Veranstaltungen im Dom im Berg selbstverständlich besucht werden können. Zusammengefasst: Auf Grund der Kostenhöhe und nur eingangs gehört, es sollte irgendwann einmal geschätzt worden sein, dass das gar nicht so viel ist, die aktuelle Kostenschätzung beläuft sich auf 10.000 Euro, also auf Grund dieser Kosten, aber auch aus Haftungsfragen möchte man das jetzt eigentlich so beibehalten, dass eben bei Veranstaltungen ohnedies alles in Betrieb ist und darüber hinaus der ÖWD heranzuziehen ist.

GR. **Schröck:** Ich möchte dazu anmerken, dass dann natürlich die erste Beantwortung meiner Anfrage irreführend war und dass es außerdem in den meisten Fällen diese Betreuung, die Sie angesprochen haben, seitens des ÖWD eben nicht gibt, denn sonst hätte ich ja auch diesen Antrag nicht gestellt und nicht stellen

müssen. Und außerdem stellt sich die Frage, warum ein Gemeinderat einen solchen Antrag stellt, zweifach eine irreführende Antwort bekommt, dann nicht über solche neuen Erkenntnisse informiert wird (*Applaus BZÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Die allerletzte Frage kann ich jetzt nicht beantworten. Allerdings würde es mich schon wundern, wenn das nicht funktioniert mit dem ÖWD, wenn es eben heißt, der ÖWD hat es sicherzustellen. Das ist offensichtlich keine Ermessensfrage und ich würde eine mögliche Irreführung oder Fehlinformation eines Gemeinderates jetzt nicht so ganz streng sehen, weil es kann sich im Zuge einer Prüfung eines durchaus unterstützenswerten Vorhabens halt herausstellen, dass sich die Sachlage anders darstellt.

11) Zubetonieren von Kaminen

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Frau Stadträtin! In letzter Zeit wurden zahlreiche Wohnhäuser der Gemeinde Graz umfassend saniert und im Rahmen dieser Bauarbeiten wurden diese Wohnungen zumeist an Fernwärme angeschlossen und natürlich auch isoliert usw., was natürlich eine starke Erhöhung der Energieeffizienz gebracht hat und eine Verminderung der Umweltbelastung.

Im Rahmen dieser Umbauarbeiten, zum Beispiel im Objekt Schmolzergasse 11, wurden fast alle bestehenden Rauchfänge, die teilweise kurz zuvor noch mit erheblichen Aufwand saniert worden waren, mit Magerbeton zubetoniert und somit für immer unbenutzbar gemacht.

Anstatt sie durch einfaches und billiges Abdichten der Kaminköpfe für allfällige Notfälle in der Zukunft einsetzbar zu halten.

Ich frage dich daher, Frau Stadträtin, ob du in Zukunft dafür Sorge tragen wirst, dass in ähnlichen Fällen Rauchfänge nicht mehr zubetoniert und so für immer unbenutzbar gemacht werden beziehungsweise damit für Notsituationen erhalten bleiben.

Strin. **Kahr:** Lieber Herr Gemeinderat Linhart! Du weißt aus persönlichen Gesprächen, dass ich eine hohe Wertschätzung gegenüber deinem Betrieb und eine hohe Meinung auch als Fachmann habe. Du hast es im Motivenbericht schon angesprochen, dass sich das städtische Wohnungsamt in den letzten zehn Jahren sehr bemüht hat und auch sehr erfolgreich bemüht hat, die Wohnqualität in unseren städtischen Wohnhausanlagen anzuheben, dabei ist natürlich der Einleitung von Fernwärme eine große Bedeutung zugekommen und ein wesentlicher Grund dabei ist natürlich vor allem, dass wir mithelfen möchten, zu einer Verringerung der Feinstaub- und CO₂-Emissionen in unserer Stadt Graz zu kommen. Die Bestätigung dieses Kurses des städtischen Wohnungsamtes sehen wir durchaus auch in der Haltung deiner Partei und auch in der Haltung des Herrn Bürgermeisters, der ja dafür öffentlich auch eingetreten ist, eine flächendeckende Versorgung und den Ausbau des Wärmenetzes in Graz zu forcieren. In unseren Wohnhausanlagen, wo wir unsere Mieter mit Fernwärme versorgen konnten, werden die bestehenden Rauchfänge nicht mehr benötigt, für Notfälle wird natürlich selbstverständlich ein Fang entsprechend den Bauvorschriften für eine Beheizung von einem zentralen Heizraum im Keller aus adaptiert. Da der Kostenrahmen für die umfassenden Sanierungen, wie du vielleicht auch weißt, sehr, sehr knapp bemessen sind (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wird daher von Fall zu Fall entschieden, welche Teile der Rauchfänge zu erhalten sind und in welcher Form sie weiterhin zu verwenden sind. Bei Häusern, die unter Denkmalschutz stehen, und das sind bei uns nicht so wenige, sind die Kaminköpfe per Gesetz zu erhalten. Im Haus Schmölzergasse, ganz konkret was du angesprochen hast, schaut die Situation so aus, dass die letzten Sanierungsarbeiten an den Rauchfängen eben nicht kürzlich, sondern die waren 2002 und sie sind eigentlich nicht mit erheblichem Aufwand, sondern ganz konkret waren es 2.352 Euro, saniert worden, dazu sind wir gesetzlich auch verpflichtet, das Haus wird beziehungsweise wurde aufgestockt und es würden daher die Rauchfänge ohnehin nicht bis über das neue Dach reichen. Ebenfalls aus Kostengründen kann

daher eine Verlängerung der Kamine nicht durchgeführt werden, die zubetonierten Fänge dienen daher als Auflager für die Pfetten des neuen Dachstuhls und die restlichen Fänge nehmen die Installationen für dieses Haus auf (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart**: Also ich kenne aus Büchern Bilder, wo eben im Zweiten Weltkrieg die Rauchfänge durch die Fenster geführt worden sind und da die fossile Energie, die als Energieträger für unsere Fernwärme dient, endenwollend ist, möchte ich doch anregen, dass man da die Rauchfänge belassen sollte, auch wenn es etwas mehr kostet.

StRin. **Kahr**: Mehrkosten, da sind wir immer zu haben, wenn wir die Mittel dafür bekommen, wenn wir sie nicht bekommen können wir die Mieter nicht belasten. Aber unabhängig davon würde ich als ökologischen Rückschritt sehen, wenn wir zusätzlich zur Fernwärme unsere Mieterinnen und Mietern animieren, auch Einzelöfen zu haben. Die soziale Komponente sehe ich aber sehr wohl, das weiß ich jetzt nicht, dass du jetzt in deiner Anfrage auch im Auge hast, das habe ich auch hier öfter im Gemeinderat gesagt, die Betriebskosten Fernwärme, Gas, Strom das ist etwas, was für unsere Mieter und Mieterinnen eine große Belastung darstellt, aber hier kann man nur politisch entgegensteuern und das würde eine Anstrengung aller Parteien bedeuten, wenn man einfach die Kosten der Fernwärme, des Gas und des Stroms zu senken. Das ist die einzige Möglichkeit (*Applaus KPÖ*).

12) Nachbesetzung des Stadtplanungsamtes

GRin. **Krampl** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Krampl:** Ich weiß nicht, wie viele Fragen ich schon stelle, der zuständige Referent ist komischerweise nie anwesend. In dem Fall, tut mir leid, Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg muss meine Frage beantworten. Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie den Medien zu entnehmen war, wird die Nachbesetzung der Leitung des Stadtplanungsamtes trotz seinerzeit erfolgter Ausschreibung, trotz eines bereits durchgeführten Hearings auf Eis gelegt. Ich will hier nicht auf Gerüchte eingehen, wonach angeblich jene beiden Kandidaten/Kandidatinnen, die beim Hearing am überzeugendsten abgeschnitten haben und deren fachliche Qualifikation als unbestritten gelten, aus dem einen oder anderen Grund leider, sehr vorsichtig ausgedrückt, nicht passen. Es ist ohnehin schon problematisch, dass ausgerechnet im Vorfeld der Revision des Stadtentwicklungskonzeptes und des Flächenwidmungsplanes die Leitung des dafür maßgeblichen Stadtplanungsamtes nicht besetzt ist. Trotz rechtzeitig erfolgter Ausschreibung, trotz durchgeführten Hearings. Was die Frage aufwirft, welchen Wert Ausschreibungen und Hearings überhaupt haben und ob denn in Zukunft regelmäßig so oft ausgeschrieben und gehört wird, bis endlich ein zu Gesicht stehender Kandidat beziehungsweise eine Kandidatin gefunden ist. Zudem machen aber jetzt Gerüchte die Runde, dass trotz Ausschreibung und Hearings urplötzlich überhaupt nicht mehr daran gedacht sei, die Leitung des Stadtplanungsamtes nachzubesetzen, sondern diese Abteilung als eine Art Referat in die Baudirektion einzugliedern. Wenn dem wirklich so sein sollte, müssten sich die Bewerberinnen und Bewerber, die sich dem Hearing stellen, müssen sich einigermaßen gepflanzt fühlen. Ganz abgesehen von den Kosten, die mit Ausschreibung und Verfahren völlig unnötig in den Sand gesetzt worden wären. Denn, wenn dem wirklich so ist, dass überhaupt nicht mehr an eine Nachbesetzung gedacht wird, darf man sich schon die Frage erlauben, hätte man nicht ein paar Wochen früher zu dieser Erkenntnis kommen können und der Stadt die Kosten und eine derartige Peinlichkeit damit ersparen?

Ich stelle daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion die

F r a g e :

Wann endlich wird die Leitung des Stadtplanungsamtes nachbesetzt (*Applaus SPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Nur zur Information, derzeit wird diese Aufgabe ja vom Herrn Baudirektor gemeinsam mit Herrn Dipl.-Ing. Rogl wahrgenommen, aber vor allen im Hinblick auf die von dir genannten wichtigen Aufgabenstellungen der kommenden Monate ist daran gedacht, Anfang April eine Neuausschreibung dieser Position vorzunehmen.

GRin. **Krampl**: Kannst du mir vielleicht auch erklären, warum es zu einer Neuausschreibung kommen soll, nachdem die Hearingkommission ja eindeutig zumindest zwei Kandidaten, nach meinen Informationen, als geeignet empfunden hat.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also nach den mir vorliegenden Informationen waren auch diese beiden Personen letztlich vom zuständigen Personalreferenten nicht vorzuschlagen und darum wird es zu einer Neuausschreibung kommen.

Bürgermeisterstellvertreterin übernimmt um 14.10 Uhr den Vorsitz.

13) Gender Mainstreaming

GR. **Baumann** stellt an Bgm. Mag. **Nagl** folgende Frage:

GR. **Baumann**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schüler und Schülerinnen, herzlich willkommen im Grazer Gemeinderat, sehr geehrter Herr Bürgermeister! 2008 fand Gender Mainstreaming statt. Im Dezember 2008 wurde eine große Urkunde überreicht der Stadt, Dank und Anerkennung haben Sie bekommen, Sie und die

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Magistratsdirektion. 2009 Stadt Graz Best Practice Leadership and Management for Change wurde 2009 ein großes Zertifikat der Stadt Graz übergeben. Herr Bürgermeister, meine

Frage:

Welche Aktivitäten sind für das Jahr 2010 geplant im Bereich des Gender Mainstreamings?

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Baumann! Ich habe Dank und Anerkennung immer an jene Personen weitergegeben, die hier besonders verdienstvoll unterwegs waren, Herr Magistratsdirektor, der Frau Dr. Pschaid und allen Persönlichkeiten, die hier mitgewirkt haben auch in vielen Teilämtern. Die Implementierung von Gender Mainstreaming in der Stadt Graz hatte zum Hauptziel, Gender Mainstreaming zu einem selbstverständlichen Bestandteil der Arbeit in sämtlichen Verwaltungs- und Politikfeldern zu machen. Wir haben dabei den Weg gewählt, neben Fortbildungsveranstaltungen und Maßnahmen der Bewusstseinsbildung Gleichstellungsziele in die Strategien der einzelnen Abteilungen aufzunehmen, sie quasi selbstverständlich zu machen. Zu diesem Zweck wurden in den Balanced Scorecards der Abteilungen auch Gleichstellungsziele und Gleichstellungskennzahlen definiert. Zahlreiche Abteilungen haben derzeit in den fachlichen Strategien für 2010 solche Gleichstellungsziele und Kennzahlen definiert. So zum Beispiel das Personalamt, das Sozialamt und die Magistratsdirektion. In manchen Abteilungen ist das Thema Gender Mainstreaming bereits so stark verankert, dass es bei sämtlichen Zielsetzungen in den BSC mitberücksichtigt wird, wie zum Beispiel dem Sportamt, Abteilung für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung aber auch im Amt für Jugend und Familie. In einer größeren Zahl von Abteilungen ist auch das gleichlautende strategische Ziel, Chancengleichheit mit der Maßnahme Karriereorientierung bei Frauen und Familienorientierung bei Männern zu fördern, verankert. Da somit im Sinne des angestrebten Mainstreams die Abteilungen vielfach ihre Gender Mainstreamingziele eigenständig formulieren und umsetzen, müsste hinsichtlich einer exakten

Darstellung der einzelnen Maßnahmen auf die einzelnen Fachabteilungen und Stadtsenatsreferenten zugegangen werden. Wie gesagt, ich kann nur das auch wiedergeben, was ich bei vielen Gesprächen auch feststelle, das Engagement in fast allen Abteilungen gegeben. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass wir gemeinsam, die Frau Vizebürgermeisterin und ich, schon im vergangenen Jahr versucht haben, beim Thema Haus Graz diese Genderbemühungen, die wir in der Stadt, im Magistrat selbst haben, auch zu übertragen auf die Beteiligungen und kann auch da vermelden, dass die Frau Mag. Miedl sehr, sehr erfolgreich in der Graz AG begonnen hat, das Thema der Genderanalyse, Neuausrichtung der Vorstandsstabsstellen, Installierung von Gender Gremien, Teilnahme an Hearings, Schulungen, MitarbeiterInnengespräch, Vereinbarkeit von Beruf und Familie, geschlechtergerechte Sprache und Außenauftritt, Teilnahme an Projekten etc zu implementieren. Im Zusammenhang mit der Neuordnung des Hauses Graz wird die Erarbeitung eines gemeinsamen Standards für alle städtischen Unternehmungen auf Basis des Frauenförderplans des Magistrates Graz angestrebt (*Applaus ÖVP*).

GR. **Baumann:** Die bezieht sich jetzt aufs Jahr 2010, aber vielleicht nicht genau auf den Magistrat. Gibt es Ziele innerhalb des ÖVP-Gemeinderatsklubs auch, wo man sagen könnte, das sind Gender-Mainstreaming-Ziele, Herr Bürgermeister?

Bgm. Mag. **Nagl:** Also die Frage sollten wir jetzt dem Herrn Klubobmann stellen, aber nachdem die Fraktion auch angesprochen ist, wir sind gut unterwegs, wir tauschen uns ja auch regelmäßig mit euch aus. Also noch einmal, ich glaube, dass dieses Thema zur Selbstverständlichkeit im Magistrat, aber mittlerweile aber auch bei allen politischen Fraktionen, geworden ist (*Applaus ÖVP*).

14) ASKÖ-Halle

GRin. **Benedik** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

GRin. **Benedik**: Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat! Die ASKÖ-Halle wird mit ihren Sportanlagen - vor allem im Leichtathletikbereich - regelmäßig von verschiedenen Schulen angemietet. Auch Fußball-, Handball- und American-Football-Vereine sowie Judokas benützen die Halle und ihre Außenanlagen für ihren Trainings- und Wettbewerbsbetrieb.

Die Halle ist aber seit langem in einem desolaten Zustand. Der Verputz bröckelt von den Wänden und die Sanitäranlagen befinden sich in einem dermaßen unhygienischen Zustand, während sich der Schimmel ungehindert ausbreitet. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Ein zusätzlicher Schandfleck für die Stadt Graz ist aber der Umstand, dass in dieser Halle auch internationale Sportwettbewerbe stattfinden. Kürzlich erst fand ein internationales Hallenfußballturnier für Jugendmannschaften statt. In diesem Rahmen zeigten sich das Betreuerumfeld sowie mitgereiste Eltern entsetzt über die oben skizzierten Zustände. Mir ist in diesem Zusammenhang die Aussage eines Wiener Jugendtrainers erinnerlich, der angesichts dieser Zustände die Wiener Kanalisation als noch vergleichsweise gemütlich bezeichnete.

Wenn das Geld für eine Generalsanierung dieser Anlage auch fehlen mag, so müsste doch ein Ausmalen und Vergipsen der Wände und ein Sanieren der total veralteten Sanitäranlagen, die zum Teil gesperrt sind, möglich sein, damit sich Sportbegeisterte wieder wohlfühlen können. Ich richte daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, folgende

Frage:

Sind Sie bereit, im Rahmen Ihrer politischen Verantwortung mit dem zuständigen Personenkreis in Verhandlungen zu treten, um auf die untragbaren Zustände in der

ASKÖ-Halle hinzuweisen und im Zuge dessen eine rasche Behebung derselben zu bewirken (*Applaus FPÖ*)?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Also ich bin persönlich auch seit Jahren bereits zutiefst unglücklich über die Situation beim ASKÖ in Eggenberg. Wenngleich ich aber doch einschränken möchte, dass manches in Ihrem Motivenbericht ein bisschen überzeichnet scheint. Richtig ist, dass vor Ort vieles zu investieren wäre und in den letzten Jahren eigentlich, vor allem im Hinblick auf seit Jahren herumgeisternde Ausbauprojekte, zuwenig investiert wurde. Ich befürchte, es wird sich auch in den kommenden Jahren nicht entscheidend ändern. Faktum ist, dass die drei Dachverbände, eben ASKÖ, ASVÖ und Union seit vielen, vielen Jahren von der Stadt Graz den gleich hohen Betrag für Betriebsabgang und Investitionskosten Beiträge erhalten. Wenn Sie die beiden Anlagen der Union und des ASVÖ anschauen, dann wird man feststellen können, dass diese in durchaus herzeigbarem Zustand sind, das kann man von der ASKÖ-Anlage in Eggenberg keinesfalls sagen. Was mir schon wichtig erscheint, dass, wenn Sie auf unhygienische Zustände hinweisen oder auf Schimmelbildung, dass man darauf sehr deutlich hinweisen muss, weil das hat nichts mit einer großartigen Investition zu tun, das hat ausschließlich mit Pflege und Reinigung zu tun, also das werde ich sofort aufgreifen und weitergeben. Faktum ist, dass der ASKÖ sich halt in den letzten Jahren darauf zurückgezogen hat zu sagen, es gibt einerseits das große Ausbauprojekt, das heute Sportbad Steiermark heißt, das allein am Standort in Eggenberg rund 60 Millionen Euro erfordern würde, und würde man den ASKÖ-Ausbau reduzieren auf das Modul ASKÖ, wären das alleine 12 Millionen. Und im Lichte dessen, dass die Anlagen, wie sie heute dort sind, in keiner Weise mehr nationalen oder gar internationalen Anforderungen entsprechen von den Abmessungen, von den Sicherheitsabständen, von den Höhen, wird man eine Sanierung dort nicht anstellen können. Das macht aus meiner Sicht auch keinen Sinn. Ich denke, das Sportbadprojekt mit 60 Millionen ist nicht realistisch, dass wir das in den nächsten Jahren umsetzen, aber wir müssen alles daran setzen, gemeinsam mit dem Land, gemeinsam idealerweise mit dem Bund, das Modul ASKÖ mit diesen genannten 12 Millionen frei zu bringen. Eggenberg ist ein toller Standort, ein eingeführter Standort für Sport und Bewegung, viele Vereine sind dort

beheimatet, wir sollten unsere Kräfte darauf konzentrieren, diesen Neubau zusammenzubringen mit gemeinsamen Anstrengungen, aber parallel dazu, bis wir soweit sind, natürlich einerseits hygienische Mängel tunlichst zu beseitigen und auch herabfallende Fliesen oder Putzfehler auszubessern. Großartige Investitionen bis zu einem Neubau dürfen wir uns leider nicht erwarten (*Applaus ÖVP*).